

Fachtag: Inklusion in Kita und Schule ¹

- eine kritische Stellungnahme

GEORG FEUSER

Ich habe eine Vorbemerkung und sieben Punkte:

Vorbemerkung:

Ich hatte die Hoffnung, bis zur Erreichung meines derzeitigen Alters ruhig, routiniert, gelassen zu werden und über viele andere vergleichbare Eigenschaften, die damit verbunden werden, zu verfügen. Ich muss Sie enttäuschen!

1. Wenn in den vergangenen Jahren so viel und intensiv getan wie geredet worden wäre, würde Realität sein, worüber noch immer und insbesondere heute gesprochen wurde
2. Vor gut 30 Jahren habe ich die Aussage getätigt - und sie immer wieder versucht ins Bewusstsein zu rufen: „Integration fängt in den Köpfen an!“. Sie wurde in einem Film über die breite Integrationsbewegung der Eltern Österreichs sogar Franco Basaglia zugeschrieben, was mich sehr ehrt. Was es schon damals galt bewusst zu machen, ist, dass es mit Integration im Feld der Pädagogik um nichts mehr oder weniger geht als um *die Teilhabe aller an Bildung für alle!* Dies nicht anhand fächerbezogener Curricula, die zu einem unvermittelt nebeneinander stehenden Unterricht² führen, sondern nach Maßgabe weltumspannender *epochaltypischer Schlüsselprobleme* (Klafki) - ob nun Kindergarten oder Schule - in einem vorhabenorientierten Projektunterricht.

Wenn nun heute, wie es in vielen Beiträgen angeklungen ist, noch immer gefordert und für gut gehalten wird, was wir im Übergang der 1970er zu den 1980er Jahren intensiv diskutiert, bearbeitet und umgesetzt haben, so müssen wir doch damals sehr richtig gelegen haben. Es offenbart aber auch, dass mit solchen Diskursen heute im Grunde leeres Stroh gedroschen wird, denn neue Erkenntnisgewinne resultieren nicht. Die Forderung von Kollegen Tony Booth „*push to action*“³, sollte endlich wenigstens von ihm gehört werden, wenn die unsere, schon vor dem ersten UN-Weltaktionsprogramm für behinderte Menschen 1983 ausgebracht, bislang leider unbeachtet geblieben war. Nach Vorliegen der UN-Behindertenrechtskonvention bleibt die Frage, auf welche Deklaration soll noch gewartet werden?

3. Die von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) ebenfalls schon vor gut zwei Jahrzehnten aufgestellte Forderung nach *einer Schule für alle* ist inzwischen durch endlose Wiederholungen auch nicht richtiger geworden. Die Gewerkschaft hätte vielleicht im Rückgriff auf ihr Selbstverständnis als »Gewerkschaft«, auch für Integration streiken und die ihr verpflichtete Lehrerschaft in Sachen Integration in die Pflicht nehmen können. Das ist bis heute nicht erfolgt.

Wenn ein Arbeiter, nehmen wir einen Schreiner, von seiner Betriebsleitung mitgeteilt bekommt, dass seine Drehbank durch eine moderne, computergesteuerte ersetzt wird und er entsprechende Fort- und Weiterbildungsangebote wahrzunehmen habe, um ab dem Zeitpunkt der Umstellung mit dieser zu arbeiten, und er würde das ablehnen, würde er entlassen. Ich

1 Die Fachtagung mit der Thematik „Inklusion in Kita und Schule“ fand im Rahmen der 25. Internationalen Jahrestagung der Integrations-/InklusionsforscherInnen in Bremen (23.-26.02.2011) am 25.02.2011 statt. Die hier kurz skizzierte Stellungnahme bezieht sich auf das Gesamt der im Rahmen des Fachtages öffentlich zur Diskussion gekommenen Themen.

2 Unter Unterricht wird hier mit Bezug auf Vygotskij (siehe: Ausgewählte Schriften, Bd2, Köln 1987, z.B. S. 297) nicht nur das Lehren und Lernen in Schulen verstanden, sondern der grundsätzliche Zusammenhang von Lernen und Entwicklung, der in Kooperationsformen vermittelt wird, die Unterricht charakterisieren.

3 Geäußert in seinem Vortrag zum Fachtag: „Worauf kommt es in Kita und Schule an? Inklusive Werte in der Praxis“

sehe keinen legitimierbaren Grund, dass Selbes nicht für LehrerInnen in Fragen der Integration/Inklusion zu gelten habe.

4. Spätestens mit der UN-Behindertenrechtsdeklaration dürfte doch allen deutlich werden, dass es mit Integration/Inklusion um ein *Menschenrecht* geht. Ich kann mir nicht vorstellen - und das wäre auch juristisch zu überprüfen - dass die Kultushoheit der Länder im Sinne der Beibehaltung eines selektierenden, ausgrenzenden und segregierenden Erziehungs-, Bildungs- und Unterrichtssystem über international geltende und national ratifizierte Menschenrechte gestellt werden kann. Genau so wenig kann Bildungsinstitutionen, ihren Leitungen und ihrer Lehrerschaft zugebilligt werden, sich der Integration zu verweigern. Im Gegenteil: Es sollte inzwischen begriffen werden, dass das Erziehungs-, Bildungs- und Unterrichtssystem hier eine Nachholschuld einzulösen hat und sich nicht als Herrscher über das „Ja“ oder „Nein“ zur Integration deklarieren kann.
5. Bei allen verheerenden Folgen der Globalisierung sollte man nicht übersehen - schauen wir nur einmal z.B. nach Tunesien und Ägypten - dass Menschen in den sich herausbildenden Zivil- und Weltgesellschaften, die, wie sich zeigte, nationalstaatlich nicht mehr zu kontrollieren sind, sich der international geltenden Freiheits- und Menschenrechte für sich bemächtigen und ihrer Ausbeutung und Unterdrückung durch die Herrschenden unter Einsatz ihres Lebens widersetzen.

Wir fordern, schreiben und lesen noch immer, dass wir (und wie wir) schwer beeinträchtigte Menschen im Sinne des Empowerment ermächtigen können, sich ihrer Ausgrenzung und Benachteiligung zu erwehren und sich aus ihrer Inklusion in gesellschaftliche Randbereiche und Institutionen der Behindertenfürsorge zu exkludieren. Wie wäre es, wenn wir aufhören würden, sie auszugrenzen und zu segregieren? Dann bräuhete man das Empowermentgerede, das bis heute keinen gangbaren praktischen Weg aufgezeigt hat, nicht mehr und es würde uns keinen Tropfen Blut kosten - nur etwas Zivilcourage.

6. In Erinnerung der großen Rede von Martin Luther King, die er mit den Worten begann, „I have a dream ...“⁴ möchte ich meinen Traum benennen: Eines morgens, vielleicht gleich morgen, nehmen die Lehrerinnen und Lehrer der Sonderschulen und -klassen ihre Kinder in Empfang und gehen mit ihnen zu den Regelschulen ihrer Wohnorte. Dort sind alle Türen offen und die Lehrerinnen und Lehrer der Regelschule erwarten mit ihren Schülern schon freudig die ankommenden KollegInnen und SchulkameradInnen. Dann lernen sie alle zusammen in der gemeinsamen neuen Schule mit ihren Lehrerinnen und Lehrern in jahrgangsübergreifenden Teams in arbeitsteiliger Weise in komplexen Projekten jene Fragen aufzuwerfen, die uns alle und global beschäftigen und angehen und dafür Lösungsansätze zu finden. Warum tun Sie es nicht?
7. Geschichtsvergessenheit in Bezug auf die Integrationsbewegung und die aktuelle Blindheit bezüglich der mit Integration/Inklusion verbundenen (bildungs-)politischen und administrativen Verwerfungen, der Theoriebildung und Praxis im Fach gegenüber und hinsichtlich dessen, was die Forschung beitragen könnte und sollte, erschrecken mich.
Die Aussage von Horst-Eberhard Richter: „Wenn man im Machen nicht mehr das anwendet, was man erkannt hat, kann man schließlich auch nicht mehr erkennen, was zu machen ist“ (S. 23)⁵. Die Integrations-/Inklusionsbewegung ist in besonderer Weise in diesem Zirkel erstarrt.

Bremen hat, bezogen auf das, was hier ab Anfang der 1980er Jahre entwickelt war und

4 Der erste Satz lautete: „I have a dream that one day this nation will rise up, and live out the true meaning of its creed: ‘We hold these truths to be self-evident: that all men are created equal’.

5 Richter, H.E. (1978). Engagierte Analysen. Über den Umgang des Menschen mit dem Menschen. Reden, Aufsätze, Essays. Reinbek bei Hamburg

praktiziert wurde, die Chance, eine Pilotfunktion in Sachen Integration/Inklusion für Deutschland wahrzunehmen, nicht nur gründlich verpasst, sondern die Zugänge dazu auch verraten. Heute scheint auch für Bremen die Auffassung zu dominieren, dass Integration durch ein immer breiter sich ausweitendes Feld segregierender Maßnahmen sich ergeben könnte - eine Wirklichkeit, die einem die Begriffe Integration und Inklusion im Halse stecken bleiben lassen.

Dass Integration/Inklusion zu teuer wäre und kein Geld dafür vorhanden, habe ich (nicht nur) in Bremen über Jahrzehnte täglich gehört. Hätte man z.B. die Wiedervereinigung Deutschlands von ihrer Bezahlbarkeit aus betrachtet, wäre sie nicht zustande gekommen. Man hat sie politisch gewollt - und sie war bezahlbar. Hätte man z.B. die so genannte Rettung der Banken nach Platzen der Finanzblasen von der Bezahlbarkeit durch die öffentliche Hand abhängig gemacht, hätten sie Konkurs anmelden müssen. Man hat es politisch gewollt und mit dem Slogan »to big to fail« rationalisiert - und es wurde bezahlt. Die Realisierung des Menschenrechts auf *uneingeschränkte Teilhabe aller an Bildung für alle* gilt als zu teuer und folglich als nicht finanzierbar - weil es politisch nicht gewollt wird.

Sie (nicht die Regierungen) bezahlen als Bürger (und auch die Politiker nur als Bürger) dieses Landes alles - von der Wiedervereinigung bis hin zu den Folgen einer Milliarden teuren und ethisch nicht legitimierbaren, eine ganze Volkswirtschaft gefährdenden Misswirtschaft von Banken und Bankern einschließlich deren grenzenlose individuelle Bereicherung und halten still - und an der weiteren Verletzung der Menschenrechte fest. Ist das unsere Art einer 'Selbst-Evidenz'?

Anschrift des Verfassers:

Prof. Dr. Georg Feuser

Mail: gfeuser@swissonline.ch